

Geologische Landesämter und deren Entwicklungen unmittelbar nach Zusammenbruch des „Reichsamtes für Bodenforschung“ nebst Vorgeschichte

HORST GREBING

ZUSAMMENFASSUNG

Aus dem „Reichsamt für Bodenforschung“ entwickelte sich 1945 am Berliner Standort die im nunmehr sowjetischen Sektor befindliche „Deutsche Geologische Landesanstalt“. Auch in den anderen Besatzungszonen entstanden in den Folgejahren geologische Landesämter mit unterschiedlichen Strukturen.

ABSTRACT

In 1945, the "Reichsamt für Bodenforschung" was transformed into the "Deutsche Geologische Landesanstalt" (German Geological Survey) at Berlin, which was located in the Soviet sector. In the following years, geological federal state offices with different structures also developed in the other occupation zones.

Einführung

Die geologische Landesuntersuchung im einstigen Preußen vor 1873 war in der Abteilung „Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen“ im „Preußischen Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten“ angesiedelt.

Als Folge des immer größer werdenden Arbeitsanfalls wurde Anfang 1873 in Berlin die „Königlich geologische Landesanstalt und Bergakademie zu Berlin“ gegründet – durch Ministerialerlass vom 6. März 1875 wurden in den Statuten als wichtigste Aufgaben die geologische Untersuchung und Kartierung Preußens für die Wissenschaft und für die Wirtschaft festgelegt.

Die Landesanstalt war bis 1878 im Gebäude der sogenannten „Alten Börse“ am Lustgarten untergebracht - im November 1878 erfolgte der Umzug in einen Neubau auf dem Grundstück der ehemals „Königlichen Preußischen Eisengießerei“ - die neue Anschrift lautete „Invalidenstraße 44“ (UDLUFT 1968, LANG 1974, MEINHOLD 2003).

Die Ausgliederung der Bergakademie erfolgte zum 1. April 1907.

Nach Abschaffung der Monarchie erfolgte am 31. Mai 1919 die Umbenennung in „Preußische Geologische Landesanstalt“; diese genoss wegen ihrer vorbildlichen Organisation und der Akribie ihrer kartographischen Arbeiten Weltruf.



Abb. 1: Geologische Landesanstalt um 1930. (Archiv Grebing)

Die Landesanstalt ging am 1. April 1939 in die „Reichsstelle für Bodenforschung“ über – damit wurden auch die bisherigen geologischen Landesanstalten in anderen Landesteilen zusammengefasst und zentralisiert. Zu den vereinigten Landesanstalten gehörten neben der Preußischen Geologischen Landesanstalt (Berlin): die Dienststelle des Vierjahresplans „Erforschung des Deutschen Bodens“ (Berlin), die Badische Geologische Landesanstalt (Freiburg), die Geologische Landesuntersuchung am Bayerischen Oberbergamt (München), das Geologische Staatsinstitut (Hamburg), die Hessische Geologische Landesanstalt (Darmstadt), die Mecklenburgische Geologische Landesanstalt (Rostock), die Österreichische Geologische Landesanstalt (Wien), das Sächsische Geologische Landesamt (Freiburg), die Thüringische Geologische Landesuntersuchung (Jena) sowie die Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes (Stuttgart). Die aufgelösten geologischen Landesanstalten wurden als Zweigstellen fortgeführt und Berlin als Zentrale verwaltungs- und weisungsmäßig unterstellt.

Die „Reichsstelle für Bodenforschung“ wurde dann am 12. Dezember 1941 in das „Reichsamt für Bodenforschung“ umbenannt.

Auslagerung von Beständen

Das „Reichsamt für Bodenforschung“ wurde am 3./4. Februar 1945 durch Bomben und Beschuss stark beschädigt. Im Hauptbau waren nur wenige Räume nutzbar, gearbeitet wurde vor allen Dingen im Nordflügel und Nordbau (GREBING 2020: 92).

Die wichtigsten Bestände der Archive der geophysikalischen Reichsaufnahme transportierte der Geophysiker Hans CLOSS (1907-1982) unmittelbar vor der Schlacht um Berlin 1945 in einem LKW nach Schleswig-Holstein und vergrub dieselben in der Nähe eines einsamen Bauerngehöftes unter Ziegelsteinen (CLOSS 1974: 126).

Die in Berlin verbliebene Fachbibliothek wurde kurz vor Kriegsende in Kisten verpackt, doch wurden diese in den letzten Apriltagen 1945 als Bar-



Abb. 2: Kriegsschäden an der Hauptfassade des Reichsamtes, um 1946. Archiv: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover

rikadenmaterial genutzt und gingen damit samt Inhalt unwiederbringlich verloren.

Im Mai 1945 gehörte das Gebiet um die Invalidenstraße zum unmittelbaren Kampfgebiet der Schlacht um Berlin.

Zahlreiche Jahrgänge der Zeitschrift „Oel und Kohle“ befanden sich im Oktober 1946 in einer Gastwirtschaft in Lögow (Ortsteil von Wusterhausen/Dosse), ca. 90 km nordnordwestlich von Berlin, nachdem diese zuvor im dortigen Gutshaus eingelagert waren (G.A. #20578).

Ein weiterer kleiner Teil des Erdölarchivs, vor allem statistische Unterlagen, aber auch die Lagerstättenkartei, Personalakten, das Bohrarchiv und Bohrgestänge, gelangten Anfang März 1945 im Auftrag des damaligen Vizepräsidenten des Reichsamtes, Dr. Bernhard BROCKAMP (1902-1968), in das Salzbergwerk Heringen / Hessen der Kaliwerke Wintershall.

Am 1. April 1945 wurden umfangreiche Aktenbestände der Abteilung Erdöl im dort befindlichen Keller des Maschinenhauses eingelagert.

Insgesamt befanden sich im Salzbergwerk Heringen nach Auskunft der „Bergungsstelle für wissenschaftlicher Bibliotheken“ 100.000 Bände aller Art aus dem Reichsamt für Bodenforschung.

Im Schacht Heringen wurde zudem – mit Zustimmung der Amerikaner – von Mai bis August 1945 eine arbeitsfähige Ausweichstelle des Reichsamtes für Bodenforschung errichtet.

Nachdem Mitte September 1945 mit den amerikanischen Besatzern über eine Rückgabe verhandelt wurde, wurden im Oktober die dort eingelagerten statistischen Akten für die britische Militärregierung beschlagnahmt (KOCKEL 2003: 400) und in die Eisenstein-Grube Beilstein bei Oberschedl verlegt; die letzten Akten wurden am 12. Februar 1946 abtransportiert. Dort firmierte das „Amt für Bodenforschung, Außenstelle Marburg (Marburg/Lahn, Geologisches Institut der Universität), Ausweichstelle Oberschedl/Grube Beilstein“, welches dem Regierungspräsidenten des Landes Groß-Hessen in Kassel unterstellt war.

Ein großer Teil des ebenfalls dort befindlichen Wehrgeologenarchivs wurde in die USA verbracht und firmiert dort unter dem Namen „Heringen Collection“. Ein Teil der beschlagnahmten Unterlagen und Archive wurden 1958 und 1961 nach Deutschland zurückgebracht.

Noch heute sollen sich zahlreiche Unterlagen in der Hauptsammlung und der Bibliothek der „United States Geology Survey“ (USGS) in Reston (Virginia) befinden (WILLIG 2009: 10).

Neuorganisation der geologischen Landesämter

Bereits am 15. Mai 1945 wurde das Dienstgebäude des „Reichsamtes für Bodenforschung“ unter den besonderen Schutz des sowjetischen Stadtkommandanten gestellt, die Rekonstruktion der Arbeitsbedingungen und die beschleunigte Aufnahme geologischer Arbeiten angeordnet.

Am 1. November 1945 entstand aus dem Reichsamt, nunmehr im Gebiet der sowjetischen Besatzungszone gelegen, die „Deutsche Geologische Landesanstalt“; mit der fachlichen Leitung wurde Prof. Otto BARSCH (1879-1946) beauftragt. Als dieser am 6. Oktober 1946 starb, wurde Prof. Dr. Erich LANGE (1889-1965) zum Präsidenten ernannt.

Das „Statut der Geologischen Landesanstalt der sowjetischen Besatzungszone Deutschland“ erfolgte im April 1948. Aus dieser ging am 1. Januar 1951 die „Staatliche Geologische Kommission“ und 1961 das „Zentrale Geologische Institut (ZGI)“ hervor. Der Hauptsitz befand sich in der Invalidenstraße 44 im nunmehr Ostberliner Stadtteil Mitte, weitere Zweigstellen befanden sich in Rostock, Freiberg/Sachsen, Jena und Halle. 1964 entwickelten sich daraus an den jeweiligen Standorten die „VEB Geologische Forschung und Erkundung“.

In West-Berlin wurden die landesgeologischen Aufgaben mit Erlass vom 25. April 1953 auf den Senator für Bau- und Wohnungswesen übertragen.

Am 01. Mai 1934 war in Hannover eine Zweigstelle des „Institutes für Erdölgeologie“ als Teil der „Preußischen Geologischen Landesanstalt“ unter der Leitung von Prof. Dr. Wilhelm HAACK (1882-1947) gegründet worden. In der Nacht vom 15. auf den 16. November 1944 wurde das Institut stark beschädigt und in Folge die Zweigstelle aufgelöst. Die erdölgeologische Arbeitsstelle wurde nach Westercelle in das Bürogebäude der Deutschen Vacuum Oel AG verlegt; die Berliner Erdölabteilung wurde zwischenzeitlich in das Dorf Dessow (Ortsteil von Wusterhausen/Dosse) evakuiert.

Unmittelbar nach Kriegsende im Mai 1945 etablierte sich im britischen Sektor in Celle das „912 Military Government Detachment, North German Oil Control“ als Kontrollorgan für die Erdölindustrie (GUNTHER et al. 1987). Der Sitz in Celle wurde auch deshalb gewählt, weil zahlreiche Akten der Abteilung Erdöl des Reichsamtes für Bodenforschung dorthin evakuiert und inzwischen von den Engländern beschlagnahmt wurden.

Als „Petroleum Advisor“ (Erdölberater) fungierte der Major Albert Everard GUNTHER (1903-1998). Dieser veranlasste, dass die geologische Forschung und angewandte Geologie mit dem Personal der Arbeitsstelle wieder aufgenommen wurde. Die Betreuung erfolgte unter Major GUNTHER und unter der Leitung von Alfred BENTZ (1897-1964). Diese Institution nannte sich „Reichsamt für Bodenforschung zu Celle“, dem späteren „Reichsamt für Bodenforschung Hannover-Celle“.

In Gildehaus befand sich die Außenstelle Emsland des „Reichsamtes für Bodenforschung Hannover-Celle“; diese Außenstelle bestand bis Anfang 1950.

Am 15. April 1946 begannen in Düsseldorf (für das Rheinland) und in Bochum sowie Herne (für den westfälischen Bereich), und kurze Zeit später in Krefeld, die Arbeitsstellen des „Reichsamtes für Bodenforschung Hannover-Celle“ zu arbeiten; die Leitung lag anfänglich bei Wilhelm KEGEL (1890-1971), ab Februar 1949 übernahm Wilhelm AHRENS (1894-1968) die Leitung. In Liblar (Erftstadt) wurde eine Arbeitsstelle für pollenanalytische Arbeiten im Braunkohlenrevier eingerichtet und auf der Grube Fortuna-Nord (Bergheim) wurde eine Arbeitsstelle für das Bohrprogramm auf Braunkohle eingerichtet – beide Arbeitsstellen wurden 1950 wieder aufgelöst.

Durch Beschluss des Niedersächsischen Kabinetts am 21. Mai 1950 entstand aus dieser Konstellation ein gemeinsames „Amt für Bodenforschung“ im niedersächsischen Hannover.

Aus dem gemeinsamen niedersächsischen und nordrhein-westfälischen Amt entwickelte sich am 01.04.1957 das „Geologische Landesamt Nordrhein-Westfalen“ (Krefeld) unter der weiteren Leitung von Wilhelm AHRENS.

Dem in Hannover im Jahr 1950 gegründeten „Amt für Bodenforschung“ wurde eine Auslandsabteilung unter der Leitung des Lagerstättenkundlers Arnold CISSARZ (1900-1973) angegliedert – aus dieser Abteilung entstand am 1. Dezember 1958 die „Bundesanstalt für Bodenforschung“.

Aus dem „Amt für Bodenforschung“ wurde am 1. April 1959 das „Niedersächsische Landesamt für Bodenforschung“.

Durch Beschluss vom 26.06.1945 nahm die „Geologische Landesuntersuchung am Oberbergamt München“ für kurze Zeit ihre Tätigkeit wieder auf – im Dezember 1948 entstand das „Bayerische Geologische Landesamt“ als eine selbständige obere Landesbehörde; das „Gesetz über die Aufgaben des Bayerischen Geologischen Landesamtes“ wurde erst im Juli 1970 durch den Landtag des Freistaates Bayern verabschiedet.

Nach Kriegsende firmierte das Hamburger Bohrerarchiv als „Reichsamt für Bodenforschung, Außenstelle Hamburg“.

Im noch bestehenden Land Baden entwickelte sich im August 1945 die „Badische Geologische Landesanstalt“ in Freiburg i. Br. – ein Jahr später entstanden das „Geologische Landesamt Heidelberg“, das „Geologische Amt von Württemberg-Hohenzollern“ in Tübingen und die „Geologische Abteilung des Württembergischen Statistischen Landesamtes“ in Stuttgart. Aus diesen Geologischen Ämtern entstand zum 1. Oktober 1952 nach Zusammenschluss der Länder Württemberg-Baden, Baden und Württemberg-Hohenzollern das „Geologische Landesamt Baden-Württemberg“ mit Sitz in Freiburg i. Br.; Heidelberg und Tübingen wurden bis Ende Mai 1957 als Zweigstellen fortgeführt.

In Hessen firmierte ab November 1945 das „Hessische Geologische Landesamt“ in Darmstadt, während ebenfalls das „Amt für Bodenforschung, Außenstelle Marburg (Marburg/Lahn, Geologisches Institut der Universität), Ausweichstelle Oberscheld/Grube Beilstein“ existierte. Im Dezember 1946 entstanden aus den zwei Arbeitsbereichen das „Hessische Landesamt für Bodenforschung“ in Wiesbaden.

1946 folgte die „Landesanstalt für Angewandte Geologie“ in Kiel – am 18. September 1953 erfolgte die Umbenennung in „Geologisches Landesamt Schleswig-Holstein“.

1947 wurde ein „Referat Geologie“ bei der Regierung des Saargebietes eingerichtet, das im Jahre 1949 als „Abteilung Geologische Landesanstalt des Saarlandes“ dem Oberbergamt Saarbrücken zugeordnet wurde.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Zweigstelle Hamburg des Reichsamtes für Bodenforschung von der britischen Militärregierung betreut.

1947 wurde in Hamburg die Außenstelle als Geologisches Landesamt der Hochschulabteilung der Hamburger Schulbehörde zugeordnet.

1950 erhielt Bremen eine Außenstelle des „Amtes für Bodenforschung“ und im November 1951 folgte der „Geologische Landesdienst“ in Mainz.

Unmittelbar nach Ende des 2. Weltkrieges wurde in Rheinland-Pfalz die geologische Beratung durch die benachbarten Ämter in Hessen und Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Im November 1951 kam es zur Gründung des Geologischen Landesdienstes Rheinland-Pfalz; am 1. April 1953 entstand das „Geologische Landesamt Rheinland-Pfalz“.

Nach Ende des Krieges erfolgte in Österreich aus der Zweigstelle Wien des Reichsamtes für Bodenforschung die Wiedererrichtung der Geologischen Bundesanstalt in Wien.

Auf spätere Initiative von Alfred Bentz sollten die einzelnen (in den amerikanischen und britischen Besatzungszonen befindlichen) Landesanstalten nicht einer zentralen Einrichtung unterstellt werden; für spezielle Untersuchungsmethoden und aufwändige Messungen sollte jedoch eine länderübergreifende gemeinsame Forschungsstelle geschaffen werden. Gemeinsam gelöst werden sollten anfänglich Themen wie Geophysik, Erdölgeologie, Mikropaläontologie, Pollenanalyse, Kohlengeologie, Sedimentpetrographie, Veröffentlichungen und Tausch von wissenschaftlichen Arbeiten, Bibliotheks- und Archivwesen sowie Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Unter dem Vorsitz von Alfred BENTZ tagte diesbezüglich ein Ausschuss der Leiter der Geologischen Landesanstalten am 12. und 13. März 1947 in Wiesbaden und formulierte eine Geschäftsordnung für einen „Verband der deutschen geologischen Landesanstalten im amerikanischen und britischen Besatzungsgebiet“. Manifestiert in den „Höchster Vereinbarungen“ (1948) und dem „Königsteiner Staatsabkommen“ (ab 1949) wurden die Grundlagen für die „Geowissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben (GGA)“ geschaffen; die „Geowissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben“ wurden bis zum Jahre 2000 durch die Abteilung N1 des Amtes für Bodenforschung wahrgenommen. Anschließend wurden die Gemeinschaftsaufgaben in das „Institut für Geowissenschaftliche Gemeinschaftsaufgaben“ übergeleitet, welches seit 2008 in „Leibniz-Institut für Angewandte Geophysik (LIAG)“ umbenannt wurde.

Die „Geowissenschaftlichen Gemeinschaftsaufgaben“ wurden politisch vom „Bund-Länder-Ausschuss Bodenforschung“ begleitet, die fachliche Abstimmung erfolgte über die „Direktorenkonferenz“, die 1979 in „Direktorenkreis“ umbenannt wurde (HÄNEL & HOMILIUS 1998).

Danksagung

Für die Beschaffung und Überlassung der Fotografie vom zerstörten Reichsamt danke ich Frau Sabine TERMER (Geozentrum Hannover).

Literaturverzeichnis

CLOSS, H. (1974): Die Geophysikalische Reichsaufnahme und ihre Vorgeschichte. - In: Birett, H. et al.: Zur Geschichte der Geophysik, 1, 115 - 130; Berlin - Heidelberg.

LANG, H. D. (1974): 100 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt. Geol. Jb., A 15, 213 S; Stuttgart.

G.A. (Geologenarchiv Freiburg): #20578 (Alfred Bentz an Wilhelm Haack, 18.10.1946).

GREBING, H. (2020): Wilhelm Haack: 1947 inhaftiert und in sowjetischer Haft verstorben - Ein Geologenschicksal unmittelbar nach dem 2. Weltkrieg. Z. Dt. Ges. Geowiss. (J. Appl. Reg. Geol.), 171 (1), 87 -97, Stuttgart.

GUNTHER, A. E., MAYER-GÜRR, A. & PFEIFFER, D. (1987): Geologische Forschungen in Nordwestdeutschland unter der britischen Militärregierung 1945 bis 1947. Geol. Jb., A 102, 44 S.; Stuttgart.

HÄNEL, R. & HOMILIUS, J. (1998): Rechtsgrundlagen und Aufgaben der Staatlichen Geologischen Dienste in der Bundesrepublik Deutschland. Geol. Jb., G 3, 232 S.; Hannover.

KOCKEL, T. (2005): Deutsche Ölpolitik 1928-1938. Jb. f. Wirtschaftsgeschichte, 7, 396 S.; Berlin.

MEINHOLD, K.-D. (2003): 125 Jahre Preußische Geologische Landesanstalt und ihre Nachfolger - Geschichte und Gegenwart. Geol. Jb., G 10, 261 S.; Hannover.

UDLUFT, H. (1968): Die Preußische Geologische Landesanstalt 1873 - 1939. Beih. geol. Jb., 78, 170 S; Hannover.

WILLIG, D. (2009): Die Odyssee des Wehrgeologenarchivs als Teil der Heringen Collection. Versuch einer Rekonstruktion der Vorgänge von März 1945 bis heute. Schriftenreihe Geoinformationsdienst der Bundeswehr, 4, 31 S.; Euskirchen.



HORST GREBING

AUTORENVITA

HORST GREBING, Jahrgang 1964, beschäftigt sich seit über 40 Jahren in seiner Freizeit mit geowissenschaftlichen und historischen Themen zumeist des Teutoburger Waldes und seines einstigen Wohnortes Bad Iburg, aber auch mit überregionalen geohistorischen Themen.

KONTAKT

HORST GREBING
Schloerstraße 14
D-33790 Halle/Westf.
Mail: info@geo-iburg.de